

Deutschland steht in dieser Hinsicht nicht allein. In Prozenten der Etatsgesamtsumme beträgt das Defizit in

Bulgarien	15%
Deutschland	13%
Ungarn	12%
Deutsches Österreich	11.6%
Finnland	10%
Belgien	9%
Italien	8%
Rumänien	6%
Frankreich	5%
England	2.6%
Polen	2%
Schweden	2%
Holland	1.5%

Die Liste ist nicht vollständig, zeigt aber das Ausmaß der Schwierigkeiten. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ja mit einem Milliardendefizit zu kämpfen. Unzweifelhaft ist die Schrumpfung der Weltwirtschaft überall gleichmäßig die Wurzel der Not. Man sollte annehmen, daß infolgedessen das solidarische Interesse aller durch gleiches Leid Verbundenen auch zu gemeinsamer Bekämpfung des Übels zusammenführen sollte. Vorläufig scheint aber noch das genaue Gegenteil Wirklichkeit zu sein. Und es liegt eine grausame Tragik darin, daß gerade die Medizin, die man als einzig Heilung versprechend ansieht, die Krankheit nur verschlimmert. Rücksicht auf die Währung ist es, die zur Beseitigung des Haushaltsdefizits um jeden Preis zwingt. Die Währung erscheint überall bedroht durch Passivität der Handelsbilanz. Drosselung der Einfuhr gilt als einzig in Frage kommender Ausweg. Das heißt aber Schrumpfung der Umsätze, zumal der Ausfuhrzwang, der trotzdem überall bestehen bleibt, die Preise und damit die Umsätze immer tiefer drückt. Schrumpfung der Wirtschaft in diesem Sinne zieht notgedrungen Sinken der Steuer- und Zollerträge, also der öffentlichen Einnahmen nach sich. Die Defizite werden letzten Endes also gerade durch die Maßnahmen, die für ihre Beseitigung unerlässlich erscheinen, nur immer neu geboren und ständig vergrößert. Es ist der Wettlauf des Schweiges mit dem Hasen. Und selbst allgemeiner Freihandel wäre wahrscheinlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein Ausweg. Auch die Gläubigerländer leiden unter der Passivität ihrer Handelsbilanzen und glauben ihre Einfuhren nicht weiter steigen lassen zu dürfen. Sie lösen ihre Forderungen nur in totem Gold ein und sterilisieren es in ihren Banktresoren. Statt die Wirtschaft zu beleben, läßt diese Art Goldverwendung sie verbluten. Um sich nicht ihrer letzten, für die Binnenwirtschaft unentbehrlichen Währungsreserven berauben zu lassen, greift ein Schuldnerland nach dem andern zu dem Auskunfts-mittel der Devisenbewirtschaftung oder der Stillhalteabkommen. Das ist ja die äußere Erscheinungsform der Wirtschaftsfesselung. Sie wirkt auf die Binnenwirtschaften in einer Form zurück, daß man allerdings beinahe den völligen Niedergang der freien Unternehmungswirtschaft des Kapitalismus gekommen glauben könnte. Der Staat übernimmt überall Führung und Regelung. Noch aber ist doch wohl der selbstverantwortliche freie Unternehmer unentbehrlich. Die der unternehmungsweisen Wirtschaft wirklich überlegene Form wirtschaftlicher Betätigung ist noch nicht entdeckt. Sie wäre kollektiv überhaupt nur zu gestalten auf Kosten aller Freiheit, die der moderne Mensch abendländischer Kultur bisher als seine vornehmste Errungenschaft und sein höchstes Gut zu betrachten gewohnt ist. Auch unsere Notverordnung muß ja, wie wir sehen, letzten Endes, wenn auch unausgesprochen, an die Initiative dieser freien Unternehmer appellieren, wenn nicht alles zum Stillstand kommen soll. Die Schlange scheint sich also in den Schwanz beißen zu wollen. Die Menschheit findet sich in einem *circulus vitiosus*, in dem sie zu Grunde zu gehen droht.

Wird nun der jetzt in Basel tagende Ausschuß den Schlüssel finden, um die Antinomie zu lösen, und wird die nachfolgende Regierungskonferenz gewillt und imstande sein, sich des Schlüs-

sels auch zu bedienen? Wir wollen uns nicht zu sehr darauf verlassen, daß dieser Schlüssel zur Wiederbelebung der Weltwirtschaft schon jetzt nur die Beseitigung aller Tribute und Kriegsschulden sein könnte. Um nicht mißverstanden zu werden: vom deutschen Standpunkt ist naturgemäß die Streichung unserer Tributlasten die nächstliegende selbstverständliche Forderung. Für die andern trifft das nicht ohne weiteres ebenso zu. Wir sind also zunächst damit ganz auf uns allein gestellt. Nur eine sehr starke und sehr zielbewußte Regierung mit dem ganzen Volke oder einer überwältigenden Mehrheit hinter sich hat Aussicht das Ziel zu erreichen. Dazu wären vermutlich auch noch sehr große Opfer erforderlich. Die jetzige Notverordnung wird nicht die letzte sein können. Vielleicht kann man aus ihr sogar herauslesen, daß sie selbst schon noch mit einem langwierigen Kampf rechnet. Frankreich und die andern tun das jedenfalls unbedingt. Am wenigsten durchsichtig ist die Stellung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Schon der Umstand, daß Hoover vielleicht nicht wiedergewählt wird, macht seine Haltung unsicher. Die Alternative, vor die England die Welt gestellt hat, wurde hier schon nach der Formulierung von Keynes erwähnt. Der angekündigte Zollkrieg ist bereits im Gange. Den Engländern sind wohl auch die Nerven zuzutrauen, daß sie darin trotz aller Angriffe auf das Pfund durchhalten. Ihre Aussichten sind nicht schlecht. Das von ihnen beherrschte Wirtschaftsgebiet ist groß und in sich ausgeglichen genug, daß das Pfund eine gewisse Widerstandskraft immer behält. Von Inflation ist zunächst keine Rede. Alle Angriffe auf das Pfund gehen zugleich auf Kosten der ausländischen Besitzer von Pfundforderungen. Dabei ist Frankreich am meisten bedroht. Schon hat der Staat der Bank von Frankreich das Risiko abnehmen müssen. Holländische Pfundabgaben müssen jetzt von Frankreich mit aufgefangan werden, um die weitere Entwertung des französischen Pfundbesitzes aufzuhalten. Frankreichs Verluste gehen ohnehin schon in die Milliarden. Seine Pfundforderungen frieren so zugleich ein, während England seine Außenstände zu einem guten Teil austaut und trotz Stillhalteabkommen und Devisenzwangswirtschaft freiwillig um des Kursvorteils willen zurückgezahlt erhält. Die deutschen Devisenabgaben sind dafür ein sprechendes Beispiel. Ist Frankreichs Stellung schon dadurch gefährdet, so drohen ihm weitere Erschütterungen infolge steigender Wirtschafts- und Budgetschwierigkeiten. Wer wird den längeren Atem haben? Vorläufig bietet Frankreich nur Abhilfe auf Zeit. Noch rechnet es überhaupt damit, durch Hinhalten die Dinge reifen zu lassen. Die Rücksicht auf die bevorstehenden französischen Wahlen liegt in derselben Linie. Es ist aber fraglich, ob sich dadurch seine Stellung verbessert. In Paris möchte man dann unter allen Umständen die Möglichkeit offen halten, nach Überwindung der augenblicklichen, als vorübergehend betrachteten Not auf die vollen Tributverpflichtungen Deutschlands zurückgreifen zu können. Dafür wäre man an sich bereit, jetzt auf die englische Forderung einzugehen, das französische Gold für die Befruchtung der Weltwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Von England wird es abhängen, ob man dort darauf eingeht. Uns fällt dabei eine im wesentlichen nur passive Rolle zu. Von der zwischen London und Paris fallenden Entscheidung aber hängt unsere Zukunft und unser Schicksal ab.

Zu den speziellen Rückwirkungen der neuen Notverordnung auf den Buchhandel Stellung zu nehmen, muß hier unterbleiben. Es geschieht das in besonderer Form. Die Umsatzsteuer und die Preisentung sind die beiden Punkte, auf die es dabei in erster Linie ankommt. Die Neuproduktion hat, nach den erstmaligen Ankündigungen im Börsenblatt zu urteilen, auch in den letzten Monaten weiterhin wesentlich unter dem Ergebnis von 1930 gelegen. Sie ist für die Zeit bis November einschließlich jetzt um fast 12% hinter dem Vorjahr zurück. Auch die Senkung der Durchschnittspreise hat sich fortgesetzt. Für das Jahr liegt der Durchschnittsladenpreis der Neuproduktion bisher um rund 7% unter dem von 1930. Die große Zahl der Preisherabhebungen, die das Barfortiment in der letzten Zeit erneut verzeichnet, beweist, daß auch für die ältere Produktion der Preisabbau angehalten hat und weiter durchgeführt wird. Die Produktionsdrosselung des Verlags spiegelt sich auch in den Arbeitslosigkeits-